

Der Regierungswechsel in Schweden.

Das Programm des liberal-sozialistischen Kabinetts Eden-Branting.

Stockholm, 19. Oktober. (Evenska Tel.)

Bei der Eidesablegung des neuen Ministeriums führte Staatsminister Eden über die Hauptgrundsätze der neuen Regierung aus:

Unsere erste Aufgabe wird sein, in Uebereinstimmung mit den wiederholt bekanntgegebenen Absichten der schwedischen Staatsmänner und dem klar ausgedrückten Willen des schwedischen Volkes, die unverbrüchliche, gegen alle Seiten streng unparteiische Neutralitätspolitik und die damit übereinstimmende Handelspolitik aufrechtzuerhalten. Das besondere Zusammenwirken der drei skandinavischen Reiche, das während des Krieges zustande gekommen ist, auszuführen und weitmöglichst zu entwickeln, ist unser lebhafter Wunsch. Mit aller Wärme schließen wir uns jenen Bestrebungen an, die von verschiedenen Seiten mit immer wachsender Stärke hervortreten, nach diesem weltverheerenden Kriege einen dauerhaften Frieden sowie eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, die geeignet sein könnte, den Frieden zu sichern und den Abbau der Rüstungslasten zu ermöglichen. Selbstverständlich ist es nicht möglich, die Fragen der Beschränkung der Verteidigungsmahnahmen unseres Landes und deren Anpassung an die Tragkraft des Volkes und die Bedürfnisse einer friedlichen Kultur während der Kriegsdauer zu erörtern, aber wir wollen nicht unterlassen, unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß diese Fragen, wenn einmal der Krieg beendet sein wird, eingehend geprüft werden müssen unter Berücksichtigung der dann in der Welt herrschenden Verhältnisse.

Infolge der Haltung der kriegsführenden Mächte gegenüber dem neutralen Handel und Verkehr sind immer größere Schwierigkeiten für die Sicherung unserer Volksernährung und die Tätigkeit unserer Industrie entstanden und die Lage ist im gegenwärtigen Augenblick sehr ernst. Sie fordert unabweißbar, daß Regierung und Volk mit vereinten Kräften nach Auswegen suchen, durch welche der Druck wenn möglich erleichtert und die Krisenzeit ohne großen Schaden überwunden werden können.

Schließlich sprach sich der Ministerpräsident für eine klare demokratische Politik auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens für verschiedene Verfassungsreformen, in erster Reihe Umgestaltung des Gemeindewahlrechts auf Grund des gleichen Wahlrechts für alle, die eine Gemeindesteuer bezahlen, Erweiterung des politischen Wahlrechts der Frauen auf derselben Grundlage wie für Männer und Revision gewisser Zensusforderungen, die bei den jetzigen Bestimmungen das Wahlrecht beschränken, aus.

Stockholm, 19. Oktober.

Das liberale Blatt „Stockholms Tidningen“ verteidigt die neue Regierung gegen den Vorwurf des „Aftonbladet“, daß sie entschieden ententefreundlich sei; wenn Brantings „Socialdemokraten“ verlange, daß Schluß gemacht werde mit der Politik „Stramm gegen Westen und weich gegen Süden“, so könne befürchtet werden, daß von dieser Seite eine Politik „Stramm gegen Süden und weich gegen Westen“ gewünscht werde. Eden werde aber jede schädliche Einseitigkeit in der äußeren Politik vermeiden. Das konservative „Stockholms Dagblad“ erklärt, die Rechte wolle keine illoyale Opposition gegen das linksradikale Kabinett Eden-Branting machen, obwohl dessen Zusammensetzung

Beforgnis erwecke, zumal Branting in seinem Blatte bereits eine Aenderung des handelspolitischen Systems verlange.